

Beuthstr. 6 - 8
10117 Berlin-Mitte

U2 Spittelmarkt
b 148

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport n Beuthstr. 6 - 8 n D-10117 Berlin

Elterninitiative gegen Mobbing und Gewalt an
Schulen

Frau Doris Carnap
Wagenerstraße 7, 65510 Idstein
doris.carnap@emgs.de

Frau Petra Litzenburger
Kirchstraße 22, 66292 Riegelsberg
petra.litzenburger@emgs.de

www.senbjs.berlin.de

Geschäftszeichen	I B
Bearbeitung	Evelin Terzioglu
Zimmer	7044
Telefon	030 9026 5863
Vermittlung n intern	030 9026 7 n 926
Fax	+49 30 9026 5022
eMail	evelin.terzioglu @senbjs.verwalt-berlin.de
Datum	12. Mai 2006



Sehr geehrte Frau Carnap,
sehr geehrte Frau Litzenburger,

Herr Senator Böger hat Ihr Schreiben mit Interesse zur Kenntnis genommen, bedankt sich für Ihr Angebot der Unterstützung in Mobbing- und Gewaltvorfällen an Schulen und hat mich um Beantwortung gebeten.

Ich stimme Ihnen zu, dass die vom Kollegium der Rütli-Schule aufgezeigten Probleme mit Schülerinnen und Schülern, die wenig respektvoll und wertschätzend mit Mitschülerinnen und Mitschülern und Lehrkräften umgehen und zu Teilen auch gewaltbereit sind, leider nicht auf diese eine Schule und auch nicht nur auf Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund begrenzt sind, auch wenn sie dort in besonderer Weise virulent geworden sind.

Möglicherweise ist durch die Darstellung in der Presse nicht deutlich geworden, dass bereits Aktivitäten im Gange waren, um die Schulen gerade in dem Bereich der konkret aufgezeigten Probleme zu unterstützen.

Weit fortgeschritten waren zu diesem Zeitpunkt bereits die Vorbereitungen zur Umsetzung des neuen Konzepts für die Hauptschule und die Bereitstellung von Sozialpädagogen für alle Hauptschulen Berlins.

Seit Jahren werden auch zusätzliche Lehrerstellen für die Sprachförderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zur Verfügung gestellt und Schulen in belasteten Stadtgebieten erhalten zusätzliches Personal, um ihre Probleme eher lösen zu können.

Es gibt auch zahlreiche Projekte, die mit zusätzlichen Mitteln gefördert werden, um besonders die Arbeit an den Hauptschulen zu unterstützen, z.B. ein Projekt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport zur Vermeidung von Schuldistanz und Schulabbruch.

Bankverbindungen	Landeshauptkasse Berlin
	Kontonummer
	BLZ
Postbank Berlin	58100 10010010
Berliner Bank	9919260800 10020000
Landesbank Berlin	0990007600 10050000
Bundesbank Filiale Berlin	10001520 10000000

Dass dies alles möglicherweise noch nicht ausreicht und gerade die Präventionsarbeit verstärkt werden sollte, kann nicht bestritten werden.

Dennoch kann ich Ihre generelle Auffassung nicht teilen, dass Probleme von den Schulbehörden immer „unter den Teppich gekehrt“ werden. Nicht zuletzt setzt das neue SchulG von Berlin die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine neue Form der Qualitätsentwicklung der Schulen. Es stärkt die Eigenverantwortung der Schulen und die Rechte der Eltern, bezieht sie aber auch stärker in die Verantwortung ein.

Die Schulen, vor allem die Hauptschulen, verfügen über die Möglichkeit, sehr flexibel auf die besonderen Bedarfe ihrer Schülerschaft zu antworten, Modelle zu entwickeln, die die Berufsfähigkeit u.a. durch verstärkte Betriebspraktika verbessern oder durch flexible Stundentafeln die spezifische Förderung der Schülerinnen und Schüler gewährleisten.

In Berlin sind Vorfälle von Gewalt und Rechtsextremismus an Schulen seit Jahren meldepflichtig und die betroffenen Schulen erhalten Unterstützung bei der Intervention und Prävention durch eine erfahrene Referentin der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport und die Schulpsychologischen Beratungsstellen mit 15 Psychologen, die für diese Arbeit besonders qualifiziert werden. Berlin befindet sich also durchaus auf dem Weg, den Sie mit Ihrem Konzept von Interventionsteams vorschlagen und landesweit anstreben. Nähere Informationen zum Berliner Konzept der Gewaltprävention finden Sie unter www.senbjs.verwalt.berlin.de

Ich weiß, dass bei allen Problemen, die Sie in Ihrem Schreiben ansprechen und die auch wir sehen, ständige Anstrengungen auf allen Ebenen von Schule, Schulbehörde, Jugendhilfe, Schulpsychologie und Polizei erforderlich sind, um adäquate, zeitnahe und effektive Lösungen anbieten zu können.

Sollten Sie zu der in Berlin entwickelten Form des Interventionsteams und den schulischen Maßnahmen weitere Fragen und Anregungen haben, steht Ihnen die für Gewaltvorfälle zuständige Referentin Frau Schubert, II E 5, Tel.: 9026-6513 und die Unterzeichnende als zuständige Referatsleiterin für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen gern zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Terzioglu